



30. September 2026

Schriftliche Anfrage

von Micha Amstad (SP)
und Maya Kägi Götz (SP)

Seit einigen Monaten müssen Personen, welche die Dienste der städtischen Personenmeldeämter in Anspruch nehmen möchten, zuvor online einen Termin vereinbaren. Dies führt regelmässig zu Irritationen und Unzufriedenheiten. Einerseits seitens des Personals, welches die unangemeldeten Besucher:innen abweisen muss. Andererseits für die Bevölkerung, weil die Hürden, die entsprechenden wichtigen öffentlichen Dienste in Anspruch zu nehmen, erhöht wurden. Insbesondere für Personen, welche nicht digitalaffin sind, stellt die neue Situation eine Herausforderung dar. Grundsätzlich aber sollten die Anlaufstellen der Verwaltung so niederschwellig wie möglich ausgestaltet sein. Mit der Pflicht, vor des Besuchs online einen Termin zu buchen, wurde eine zusätzliche Hürde eingebaut.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Aus welchen Gründen kam es zu dieser Systemumstellung?
2. Auf welcher Grundlage und durch wen wurden der entsprechende Beschluss gefasst?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass auch Personen, die nicht digitalaffin sind oder bei welchen anderweitige Hindernisse zur online-Terminvereinbarung bestehen, die Dienste der Personenmeldeämter in Anspruch nehmen können?
4. Liegen Rückmeldungen seitens Besucher:innen zur Systemumstellung vor?

